

Bochumer Studenten Zeitung

Jahrgang 1 / 1967

Herausgegeben vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität

Nr. 7 / 7. Juni 1967

Wer etwas will: vor's Parlament!

Gewiß war das Ergebnis der Urabstimmung über die Satzung nicht überwältigend, was die Beteiligung (36 Prozent) anbetrifft. Jedoch gilt allein das Verhältnis der abgegebenen Ja- zu den Nein-Stimmen, und das ist mit 79:21 eine überaus deutliche Kundgebung.

Diese Relation wäre nur geringfügig korrigiert worden, wenn die Beteiligung höher gewesen wäre: das kann nach den gesicherten Erfahrungen repräsentativer Meinungserhebungen unterstellt werden. Nichts ist allerdings bei Studenten suspekter als ihre eigene Demokratie. Einer Gruppe von Wirtschaftsstudenten war die Durchführung der Urabstimmung zu teuer, eine Gruppe von Jurastudenten unkte, es könne nicht jeder seine Abstimmungskarte erhalten haben — freilich, es war auf diese Möglichkeit auch an auffälliger Stelle in dieser Zeitung hingewiesen worden mit der Bitte um unverzügliche Meldung und Abhilfe (Studenten wechseln bekanntlich oft den Wohnsitz, ohne die neue Anschrift anzugeben...).

Die einen meinten, die Möglichkeit der Stimmenenthaltung sei nicht formell richtig gewesen, andere vermuteten drauflos, bei der Auszählung würde sicher gemogelt.

Nun ist — natürlich — alles nachprüfbar und gegenstandslos. Doch ist das offenbar nicht das Problem: Wer Maßnahmen hat, stellt üblicherweise gleich alles in Frage und verdammt von Grund auf, meistens ohne ausreichende Information und ohne Überlegung.

Wem ein Paragraph nicht zusagt, lehnt die ganze Satzung ab. Wer eine bestimmte Auffassung vertritt — wie die „Ruhr-Reflexe“ die Alleinverantwortung der Vollversammlung —, möchte keine andere gelten lassen. Wer nicht Gehör findet, wirft sich desto stärker in die Brust — wie der RCDS, der mit Stimmungsmache gegen den AstA gläubige Anhänger finden möchte.

Jedenfalls: In Bochum kehren normale Verhältnisse ein: die politische Empfindlichkeit in studententpolitischen Fragen regt sich kräftig.

Nur eines wird man lernen müssen: jede Kritik wird sich künftig ausweisen müssen — vor dem Parlament nämlich. Hier stellt sich der consensus her, und hierhin gehört, wer etwas will.

Das Entscheidende zu lernen steht den Ruhr-Studenten erst noch bevor: wie man Mehrheiten bildet, Ideen verwirklicht und Tatsachen beurteilt, um Einfluß auf Universität und Studentenschaft zu nehmen. Wer kehren will, muß auch den richtigen Besen haben.

Ich glaube nicht, daß die Versammlung der Fachschaftsvertreter schlecht gearbeitet hätte: im Gegenteil hat sie wichtige Positionen behauptet und wesentliche Vorentscheidungen getroffen. Sie hat mehr als eine „Krise“ überwunden und überwinden helfen.

Jeder sollte diese selbstgewählte Verantwortung achten und die Beharrlichkeit, mit der diese Studentenvertreter stellvertretend für alle die komplizierten Probleme des Anfangs durchgestanden haben.

Das neue Parlament wird nun von anderen Kräften getragen sein, die nicht mehr mit den Fachschaften identisch sind. Zu wünschen ist nur, daß es die Stellung der Studentenschaft mit den drei Eckpfeilern: Selbstverwaltung der eigenen Angelegenheiten, Mitverantwortung in der Universität und sozialer Selbsthilfe verteidigt und ausbaut.

Doch daß vor den Wünschen an die Zukunft der Studentenschaft einmal an all die erinnert sein soll, die diese Zukunft eingeleitet haben, war, meine ich, nicht nur Pflicht.

Ulrich Dröge

Neue Gruppen

BOCHUM. (BSZ) — Der akademische Senat hat neue Hochschulgruppen in das Register aufgenommen, u. a. das „Forum Politikum“ (BSZ 6/67), die „Humanistische Studentenunion (HSU)“ und die „Action Bochumer Studentenschaft“ (ABS), die erste ausgesprochene Wahlgemeinschaft.

Das „Forum Politikum“ will die „Ruhr-Reflexe“ fördern, die HSU betreibt Aufklärung über Probleme der Bonner Demokratie, die ABS agiert für das neue Studentenparlament an der Ruhr-Universität, fordert die Demokratisierung der Hochschule und verteidigt die in der gerade angenommenen Satzung konzipierte Verfassung der Studentenschaft.

Versammlung der Fachschaftsvertreter gibt grünes Licht: Im Juli Wahlen zum Studentenparlament



Man behaupte nicht, das Studentenparlament sei nicht auch für Studentinnen attraktiv! BSZ-Foto

BOCHUM. (BSZ) — Voraussichtlich in der Zeit vom 11. bis 14. Juli werden die Wahlen zum Studentenparlament stattfinden. Bisher nahm diese Funktion die Versammlung der Fachschaftsvertreter wahr.

Unverzüglich, nachdem die Studentenschaft in einer Urabstimmung die von der FVV ausgearbeitete Satzung angenommen hatte, traten die Fachschaftsvertreter in die Beratung der Wahlordnung ein. Sie muß jetzt noch in dritter Lesung — nach einer notwendig gewordenen redaktionellen Überarbeitung — verabschiedet werden.

Dennoch hat die Versammlung dem Präsidium aufgetragen, schon offiziell zu den Wahlen aufzurufen, denn die Zeit drängt.

Ein Drittel der Parlamentarier wird direkt gewählt, zwei Drittel kommen

über Listen ins SP. Einsicht in die Wahlordnung kann vorläufig in der Baracke 8 genommen werden. Der letzte Meldetermin für Kandidaten und Listen soll der 23. Juni sein.

Jeder immatrikulierte Studierende wird die Wahlzettel zugeschickt bekommen. Sie müssen an den Wahltagen persönlich in Urnen eingeworfen werden.

Die Verteilung der Sitze im Studentenparlament erfolgt nach einem Quotientensystem, das praktisch keine Sperrklauseln mehr für kleine Stimmenanteile vorsieht.

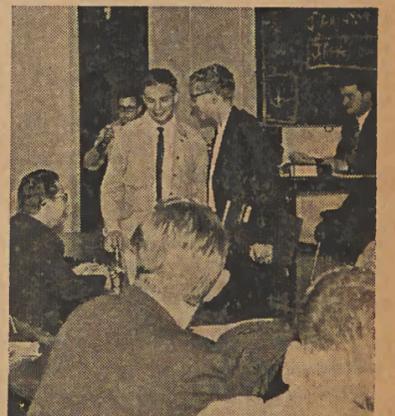
Klare Zahlen und dunkle Ziffern

BOCHUM. (BSZ) — Nach einem vorläufigen Ergebnis (Stand: 30. Mai) hatten sich 3560 Studierende zum Sommersemester zurückgemeldet. 452 haben sich exmatrikulieren lassen. Neu eingeschrieben wurden 262 Gasthörer und 982 ordentliche Studierende.

In der Statistik bleibt jedoch, im Vergleich zu den im Wintersemester gemeldeten Zahlen, eine erhebliche Dunkelziffer. Ein großer Teil der Studentinnen

und Studenten hätte sich demnach weder zurückgemeldet noch exmatrikulieren lassen. Möglicherweise handelt es sich in solchen Fällen um Abbruch des Studiums.

Insgesamt studieren also mehr als 4700 im Sommersemester an der Ruhr-Universität. Eine differenzierte Statistik war bis Redaktionsschluß noch nicht möglich.



R. Ermrich und H. Bussiek, Mitglieder des Vorstandes der Studentenschaft, im Gespräch mit C. Zöpel, Vertreter der Wirtschaftswissenschaft, während einer Debattierpause der FVV. BSZ-Foto

Studiendauer

MAINZ. (dpa) — Eine Statistik der Universität über die Studiendauer ergibt, daß die Absolventen der wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Höheren Schulen durchschnittlich 10,8 Semester studiert haben und zwischen 26 und 27 Jahre alt sind.

Ein Toter in Berlin: Zeichen auf Sturm!

BERLIN / BOCHUM (BSZ). Am 2. Juni wurde in Berlin der Germanistikstudent Benno Ohnesorg während des Besuchs des Schah von Persien erschossen! Augenzeugen aus Berlin berichten, wie es tatsächlich war:

- Die Schlägereien zwischen Polizei und Demonstranten wurden nicht von den Demonstranten provoziert.
- Die Polizei stürzte ohne Grund Demonstranten von einem Bauzaun und schlug sie vor aller Augen zusammen.
- Erst hiernach wurden die Demonstranten aufgefordert, die Bismarckstraße und die angrenzende Krumme Straße zu räumen.
- Zugleich mit der Aufforderung wurden schon Wasserwerfer eingesetzt.
- In Hinterhöfen und Hauseingängen schlugen Beamte versprengte Jugendliche und Studenten brutal zusammen, auch, nachdem die Opfer schon ohnmächtig waren.
- Polizeifahrzeuge verbreiteten über Lautsprecher die Falschmeldung „Ein Polizist ist von den Demonstranten erstochen worden.“ Das verfehlte natürlich nicht die Wirkung auf die Polizisten.
- Einem Arzt wurde es von den Poli-

zisten verwehrt, sich um die Verletzten zu kümmern, mit dem Hinweis, daß diese und auch die übrigen Demonstranten von ihnen, den Polizisten, „verarztet werden, aber richtig!“

- Die Polizei sollte den Schah schützen — als es zu den Zusammenstößen kam, war der bereits in der Oper.
- Es ist unwahr, daß Benno Ohnesorg, dessen Frau ein Kind erwartet, ein „Rädelsführer“ war: Er hatte zum ersten Male an einer Protestdemonstration teilgenommen!

Fast alle Studentenvertretungen und Hochschulgruppen der Bundesrepublik haben in Aufrufen spontan ihrer Empörung Luft gemacht.

Bochum steht mit in der vordersten Linie! Bis Redaktionsschluß war folgendes bekannt:

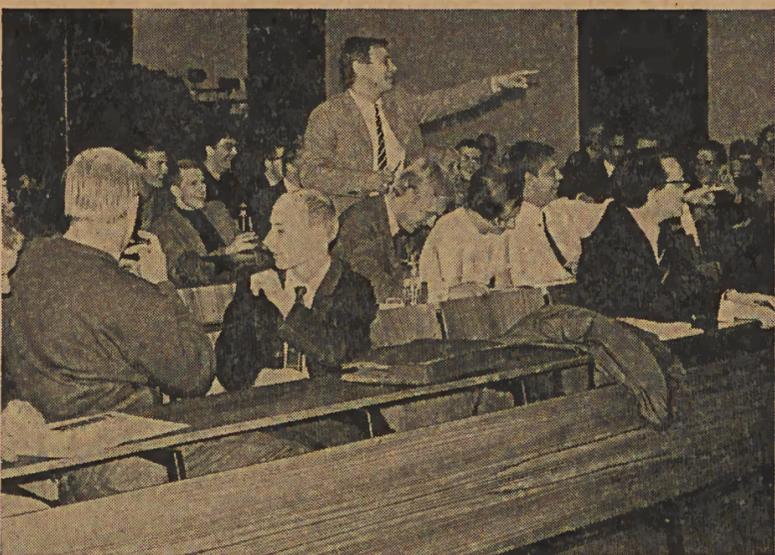
An der Universität und am Husemannplatz werden Dienstag und Mittwoch Kondolenzlisten ausgelegt.

Am Tage der Beerdigung des ermordeten Studenten findet eine Trauerfeier statt. Es sprechen der Rektor der Ruhr-Universität und der Vorsitzende der Studentenschaft.

Am Abend vor der Beerdigung findet in der Stadt eine Trauerkundgebung statt sowie ein Schweigemarsch. Voraussichtlich Mittwoch oder Donnerstag abends.

Bochumer Studenten fahren zu der Beerdigung nach Hannover.

Weitere Informationen ständig an den Schwarzen Brettern.



Abstimmungsniederlagen müssen eben mit Fassung getragen werden... Der Versammlung der Fachschaftsvertreter verdankt die Bochumer Studentenschaft ihre jetzige Stellung an der Universität. BSZ-Foto

Ist das „Bochumer Modell“ schon wieder gefährdet?

BOCHUM. (BSZ). Vertreter zahlreicher Bochumer Studentengruppen informierten sich am 27./28. Mai in einem Wochenendseminar über aktuelle Probleme der Studentenschaftsarbeit an unserer Universität. Organisiert wurde dieses Seminar von der Neuen Bochumer Burschenschaft.

Der Vorsitzende der Studentenschaft, R. Ermrich, gab einen kurzen Abriss über die derzeitige Situation der Universität. Anschließend stellte er einen langfristigen Finanzperspektivplan für die Studentenschaft zur Diskussion. Es schloß sich ein Referat des stellv. Vorsitzenden H. Bussiek an, der über die Sozialfragen berichtete. Er bezeichnete die Kombination von Selbst- und Mitverwaltung als ein „Bochumer Modell“, das Schule machen sollte.

Ausführlich erläuterte er die Arbeitsteilung zwischen Studentenwerk, der Sozialinstitution der Studentenschaft und dem Akademischen Förderungs- und dem universitätseigenen Betriebsgesellschaft. Er forderte ihre Unterstellung direkt dem Kultusministerium.

- In einem weiteren Referat ging Bus-siek auf die Studienprobleme in Bochum ein. Er anerkannte den reformerischen Elan, der am Anfang in Bochum geherrscht habe. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gab er jedoch seiner Befürchtung Ausdruck, daß sich die Abteilungs-grenzen immer mehr verfestigten. Er stellte die zeitliche Begrenzung der Zwischenprüfungen in Frage und regte dadurch eine intensive Diskussion unter den Teilnehmern an.
- Einhellig war man der Meinung, daß die Form der Zwischenprüfung wie sie derzeit praktiziert würde, nicht akzeptabel sei.

In einem engagierten Referat hob C. Zöpel, Fachschaftsvertreter der Wirtschaftswissenschaften, die autoritären Kräfte in der Universität hervor. Die Hochschule habe aus der Gleichschaltung im Dritten Reich keine Lehren gezogen.

Abgeschlossen wurde das Seminar mit einem Referat des Präsidenten der FVV, Rumler über die Stellung des Parla-

mentes und einem Vortrag des Stadtverordneten Rektor Kühnert über das geplante Hochschulgesetz. HB



Durst löscht man mit Schlegel



Die Diskussion

Vom allgemein-politischen Mandat der Studentenschaft ist hier die Rede, nicht vom politischen Wirken der einzelnen Studenten oder der studentischen Vereinigungen, insbesondere der politischen Hochschulgruppen. Letzteres ist selbstverständlich, Ersteres weniger.

Die Studentenschaft ist Gliedkörperschaft der öffentlich-rechtlichen Körperschaft Universität. Es ist also zunächst nach dem politischen Mandat der Universität zu fragen. Die Universität ist in der pluralistischen Demokratie selbst ein Teil, ja eines der bedeutsamsten Glieder der pluralistischen Gesellschaft. Sie steht in der Gesellschaft, die Gesellschaft ist aber in der Demokratie politisch.

Ich bin fest davon überzeugt, daß eine der vornehmsten Aufgaben der Universität heute ihr Wirken und ihre Wirkung in der Gesellschaft ist; ganz besonders gilt das für die Ruhr-Universität Bochum, für die ihr Standort im Revier Bochum ist. Die moderne Gesellschaft kann auch gar nicht darauf verzichten. Dieses Wirken schließt politisches mit ein, zumindest schließt es das nicht aus.

Die Universität ist kein wissenschaftlicher Elfenbeinturm (mehr), sie ist kein weißer Fleck auf der Karte der heutigen Gesellschaft. Ein Beispiel: Wäre die Freiheit von Lehre und Forschung vom Staat bedroht, so wäre eine Reaktion der Universität nicht nur von hochschulpolitischer Art, sondern es wäre ein Mehr, nämlich ein staatliches Politikum. Nichts verdeutlicht das besser als die gehabte Gleichschaltung der Hochschulen.

POLITISCHES MANDAT Klaus Kübler

Das Grundgesetz kennt die — wie ich es nennen möchte — genuinen politischen Willensträger, die politischen Funktionsträger: das sind die Parteien. Es schließt aber keineswegs daneben die anderen politischen Meinungsträger aus; in dem Chor der politischen Stimmen stehen neben Gewerkschaften, Verbänden und Organisationen auch die Hochschulen.

Hat man nicht den Hochschulen im Dritten Reich ihre politische Abstinenz zum Vorwurf gemacht? Die Hochschulen dürfen nicht schweigen. Die politische Potenz d Hochschulen wurde jüngst in Spanien, in Argentinien offenbar. Das Grundgesetz läßt also nicht nur eine politische Betätigung des einzelnen oder der Parteien zu.

Es setzt geradezu einen vielschichtigen und vielseitigen Chor weiterer politischer Stimmen als Vorhöfe der staatlichen Meinungsbildung voraus.

Auch das, was das Wesen der Universität auszeichnet, das Prinzip der objektiven Wahrheit, steht dem nicht entgegen. Einmal, das mag zunächst stören, wer vermag zu sagen, wo die objektive Wahrheit in der Politik liegt. Zum anderen, Wissenschaft und Politik sind keine sich ausschließenden Gegensätze. Sie sind geradezu darauf angelegt, sich wechselseitig zu befruchten.

Der politischen Seite der Universität steht auch nicht entgegen, daß sie eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Sie ist eine Selbstverwaltungskörperschaft, kein verlängerter Arm des Staates, somit selbständig.

Dennoch ist es für die Universität gut, Zurückhaltung im Politischen zu üben, nur das Grundsätzliche, weniger die Tagespolitik zu sehen. Die Universität hat also aufgrund ihrer (politischen) Stellung in der (politischen) Gesellschaft auch eine politische Aufgabe.

Für die Studentenschaft als Gliedkörperschaft gilt das für die Gesamtkörperschaft Gesagte. Die Schwierigkeit liegt im Mandat. Dazu folgendes: Zum einen, das Spektrum der politischen Meinungen der Studenten einer „Studentenschaft“ ist breit. Zum anderen, die Organe der Studentenschaft sind primär für studentische Zwecke und Zielsetzungen gebildet, sie vertreten die Studenten deshalb grundsätzlich nur in ihrer Eigenschaft als Studierende.

Den Organen der Studentenschaft kommt also nur partielle, eben im Rahmen der Hochschule liegende Repräsentanz zu. Nur so weit reicht — juristisch — die Vertretung der Studentenschaft. Darüber hinaus würde — juristisch und politisch — Vertretung ohne Vertretungsmacht vorliegen.

Es kann deshalb nicht davon ausgegangen werden, daß sich die Studenten ohne ihr ausdrückliches Einverständnis — sei es durch entsprechende Satzungsregelung, sei es durch Vollversammlungsbeschuß, durch Urabstimmung oder dadurch, daß die Wahlen zur studentischen Vertretung erklärtermaßen unter dem Vorzeichen erfolgen, damit auch eine allgemein-politische, nicht nur studentische Repräsentanz zu wählen — politisch vertreten lassen wollen. Somit ist festzuhalten, daß die Organe der Studentenschaft für ein an sich mögliches allgemein-politisches — nicht nur hochschulpolitisches Wirken, wo will man da auch schon die Grenzen ziehen — das Mandat nur unter den zuvor genannten Voraussetzungen haben.

Die Organe der Studentenschaft würden für einen an Zahl kleinen, der Bedeutung nach aber gewichtigen Teil der Bevölkerung — die Studierenden — mit zur Schule der Demokratie. Das ist für sie eine hohe Verpflichtung.

(Dr. Klaus Kübler ist Persönlicher Referent des Rektors. Er vertritt an dieser Stelle seine eigene Meinung.)

Sturz der Ordinarien

Von Peter Schütt

Mit der freundlichen Genehmigung der Hamburger Studentenzeitschrift „Auditorium“ beginnen wir in dieser Ausgabe mit dem Abdruck einer kritischen Untersuchung über den Stand der Hochschulreform-Diskussion. Wir halten den Aufsatz für einen der besten und überlegensten, der in letzter Zeit in der studentischen Presse der Bundesrepublik zu finden war. Wiewohl an einigen Stellen darauf hinzuweisen wäre, daß an der Ruhr-Universität versucht worden ist, den kritisierten Zuständen zaghaft abzuweichen, haben wir darauf verzichtet, den Text zu ändern oder zu kürzen; im Prinzip gilt, was anderswo richtig ist, auch hier. Die Redaktion.

Pflichtübung jedes angehenden Professors ist seit fast zehn Jahren ein Diskussionsbeitrag zur Universitätsreform. Wer sich auf eine akademische Karriere einläßt, muß sich als Reformator ausweisen, um seinem schlechten Gewissen Genüge zu tun und um den Gutachtern seiner Habilitationsschriften Modernität zu dokumentieren.

Jedes Heft der „Deutschen Universitätszeitung“, die in ihrer elfenbeinernen Verbandsexklusivität mit den Vereinsblättern anderer ständischer Korporationen wie Unternehmerschaft, Militär und Kirche auf einer Stufe steht, ist zur Hälfte mit Reformvorschlägen angefüllt. Das Meinungsspektrum erscheint auf den ersten Blick voll entfaltet, läßt sich bei näherem Zusehen aber mühelos auf vier Grundpositionen reduzieren. Keine von ihnen stellt die Institution selbst in Frage.

1. Eine immer geringer werdende altkonservative Gruppe ist der Ansicht, daß die deutsche Universität nach einem Ausspruch des Göttinger Mediävisten Hermann Heimpel „im Kern gesund“ ist. Von der Kernesundheit überzeugt, lehnt sie deshalb tiefgreifende Wandlungen an Haupt- und Gliedern grundsätzlich ab.

2. Nicht wenige Vertreter elitärer Ordnungsvorstellungen vor allem aus den Philosophischen Fakultäten beklagen die drohende Verschulung und Vermassung der Hochschule und fordern stattdessen eine Rückbesinnung auf das aristokratische Bildungsideal des Akademikers, das nach Konstanzer Modell als Vorwand gilt, um den Durchschnittsstudenten von den höheren Werten der Alma mater fernzuhalten.

3. Unter Berufung auf angloamerikanische Vorbilder tritt eine von der restaurativen Obrigkeit protegierte Partei für eine verstärkte sittliche und politische Gemeinschaftserziehung durch die Universität ein und möchte zu diesem Zweck die Studentenschaft in Heimen und Campussen kasernieren.

4. Die Realisten, gegenwärtig die lautstärksten und einflussreichsten unter den Reformen, wollen die Hochschule unter Berufung auf angebliche Sachzwänge den Bedingungen der industriellen Massengesellschaft anpassen, um das archaische Relikt reibungslos in die formierte Gesellschaft einzufügen. Die radikaldemokratische Kritik vollzieht sich am Rande außerhalb der Universität in den Publikationen des SDS und der Humanistischen Studentenunion, in den Untersuchungen progressiver Soziologen und in der Studenten- und Gewerkschaftspresse. Auf die innerakademische Selbstbefriedigung der Reformdiskussion bleibt sie ohne jeden Einfluß.



Die Neuhumboldtianer

Die Kernesundbeter der deutschen Universität reden einer zeitgemäßen Reeneration des Humboldtschen Modells das Wort, sie propagieren und aktualisieren die akademische Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden und fordern von den Gliedern des mystischen Hochschulleibes gegenseitige Treue, Vertrauen und Loyalität; Tugenden also, deren Einhaltung von den Untertanen meistens mehr Opferbereitschaft verlangt als von der akademischen Obrigkeit.

Das Gefolgschaftsideal der Heimpelmänner hat eindeutig feudale und vorindustrielle Züge, die von der spätkapitalistischen Verfassungswirklichkeit der Hochschule Lügen gestraft werden, und leugnet rundheraus, daß die Universität in ihrer heutigen Organisationsform nicht mehr ist als eine übriggebliebene institutionelle Hülle der mittelalterlichen Vorstellung von der Einheit der Wissenschaft.

Wie lädiert der Anspruch auf Universalität längst ist, zeigt das Beispiel der „Freien Universität“ in Westberlin, die vor zwanzig Jahren als traditionsverpflichtete Gegengründung zur Abwehr einer radikalen Hochschulreform geschaffen wurde: Die Integrität gilt nur für die Integrierten; die Angepaßten und Konformierten; die andern spüren nur ihren Zeigefinger.

Trotz einzelner progressiver Elemente hatte schon die Humboldtsche Universitätsreform, die seinerzeit mit aufklärerischen Plänen konkurrierte, unlegbare romantisch-reaktionäre Tendenzen. Sie war der erfolgreiche Versuch, eine standesgebundene Institution so weit zu „civilisieren“, daß sie der Oberschicht, die nicht mehr allein durch Herkunft, sondern auch durch Geist geädelt sein wollte, die Privilegien auch für das anbrechende bürgerliche Zeitalter sichern konnte.

Nicht nur Geld und Blut sollten die Standesvorteile garantieren. Zusätzlich sollte die Bildung als ideales Privateigentum, als „unverlierbarer Besitz, den niemand rauben kann“, die Deklassierung der Unterschichten rechtfertigen.

- Die von Humboldt auf dem Gelände seiner Universität großgezogenen Heiligen Kühe namens „akademische Freiheit“, „Selbstverwaltung“ und „Einheit von Forschung und Lehre“ geben heutzutage nur noch den Ordinarien Milch und Butter, sonst führen sie eine parasitäre Existenz. Nur der ordinierte Lehrstuhlinhaber verfügt über Sitz und Stimme in den Organen der Selbstverwaltung, nur Fakultätsmitglieder können auf die Entscheidungen der Universität Einfluß nehmen, sie dürfen neue Lehrstühle errichten und besetzen, die vom Staat bewilligten Gelder verteilen und nach ihrem Ermessen beliebige Reformen erlassen oder aufheben.

Nur der bestallte Professor hat die Freiheit, sein Lehrprogramm selbst zu bestimmen, auch zum Nachteil seiner Kollegen, auf Kosten seiner Assistenten und über die Köpfe der Studenten hinweg. Als Souverän mit eigener uneingeschränkter Machtvollkommenheit darf er sein Seminar selbst verwalten, als Direktor handelt er absolut und ist an keinerlei Weisungen gebunden.

Von einer Wiederbelebung der pervertierten pseudohumboldtianischen Mythen haben die Studenten nichts zu erwarten, sie dient, so liberal sich ihre Anwälte auch gerieren mögen, einzig den Interessen der akademischen Obrigkeit.

Die Privilegierten haben gut reden, sie wissen, daß jede Erweiterung universitärer Autonomie Wasser auf ihre Mühlen ist, die Mühlen ihrer Selbstverwaltungsbürokratie, mit denen sie die Untertanenrechte langsam, aber sicher zermalmen. 82 Prozent der Professoren stehen gegenwärtig selbst den kläglichen Anfängen studentischer Mitbestimmung ablehnend gegenüber¹⁾, sie verstehen unter Selbstverwaltung nichts anderes als innerbetriebliche Verwaltungsautonomie und benutzen die idealistischen Modelle lediglich zur Selbstbestätigung und zur Rechtfertigung ihrer absolutistischen Bestrebungen.

¹⁾ W. Nitsch, U. Gerhardt, C. Offe, U. K. Preuß: Hochschule in der Demokratie. Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der Universität, Berlin 1965, S. 1.

Kein Interesse an Hochschule

BONN. (dpa) — Wenig Interesse besteht unter der westdeutschen Bevölkerung für Fragen des Ausbaus der Hochschulen. Zu diesem Ergebnis führte eine Umfrage des Infas-Instituts in Bad Godesberg.

Die Sicherung der Arbeitsplätze und der Wohnungsbau rangieren nach den Ergebnissen der Befragung in der Öffentlichkeit als wichtigste staatliche oder kommunale Aufgaben mit Abstand an erster Stelle. Die Schaffung neuer oder der Ausbau vorhandener Hochschulen steht dagegen am Ende der Prioritätsliste, die von den Befragten jeweils aufgestellt wurde.

Bundestag tut nichts

BONN. (dpa) — Eine Verbesserung des Honnefer Modells ist für dieses Jahr nicht in Sicht: Der Bundestag lehnte Anträge des Wissenschaftsausschusses ab, die auf Initiativen aller drei Fraktionen beruhten. Der Ausschuß hatte vorgeschlagen, den Förderungsbeitrag auf 350 Mark im Monat anzuheben und die Förderung auch während der Anfangssemester auf alle Monate zu erstrecken.

Überhang an Akademikern?

MÜNCHEN. (dpa) — Vor einem drohenden Überhang an Akademikern der Geisteswissenschaften, der Rechtswissenschaft und der Volks- und Betriebswirtschaft hat Bundesforschungsminister Dr. Gerhard Stoltenberg in München gewarnt.

Besser als die Unterstellung, daß wir ins Speiserestaurant hinübergewechselt seien, halten wir den formierten Abgang im Gänsemarsch über die Eintopftreppe. Nur waren wir dabei leider enttäuscht, daß die wenigen protestierenden Professoren nicht im Gänsemarsch den Saal verlassen, und die meisten anderen sitzenblieben, sich also unserem konformen Verhalten Ihnen gegenüber nicht anschlossen.

Wir freuen uns über Ihren phantasievollen Einfall, daß wir Prag für deutsch halten, aber nicht nur das: wie wäre es mit dem Spruch: Bochum ist konservativ?

Peter Meyer (Sprecher der Prager Burschenschaft Arminia zu Bochum).

Genauer gesagt

Nein, wir schweben nicht mehr im luftleeren Raum. Endlich ist es geschafft. Endlich ist es gesagt, ist des Studenten Status der Alma Mater gegenüber klar umrissen: Gast ist er, Gast — in oder, genauer gesagt: an — der Ruhr-Universität.

Der dies in seinem „Leidartikel“ kunstvoll formulierte, war Klaus Kübler, der als persönlicher Referent des Rektors zur Immatrikulationsfeier eigene Meinung kundtat. (Vgl. „Die Kunst zu reden“, BSZ Nr. 6, vom 22. Mai 1967)

Von der Rede des AstA-Vorsitzenden Roland Ermrich ausgehend, sich fürderhin auf diese berufend, machte Klaus Kübler seine „Kunst zu reden“ deutlich. Und, immer auf der Suche nach „der Rede Sinn“, den er — selbstredend, selbst redend? — nicht zu erhellen vermochte, schrieb er dann, Höflichkeit vom Redner verlangend: „Dies gilt in besonderem Maße, wenn der Redner selbst Gastrecht genießt und durch seine Äußerungen den Gastgeber gegenüber seinen anderen Gästen in eine ungewollte Situation bringt.“

Nun denn, der AstA-Vorsitzende, Stellvertreter aller an einer Hochschule immatrikulierten Studenten, ist, wenn er Gastrecht genießt, folglich Gast und somit dem Gastgeber verpflichtet. Daß auch die bei der Feier anwesenden Studenten zu Gästen erklärt werden, ist konsequente Gast-Logik.

Die sprachliche Geste offenbart's: da Studenten bei einer Veranstaltung, die in erster Linie für Studenten gedacht, Studenten vorbehalten ist, nichts weiter als Gäste sind, so sind sie auch beim wissenschaftlichen Tun Gäste, Gäste (in oder vielmehr: an) der Universität. Das zwingt — sei's drum — zumindest zu Vergleichen.

GESTE FÜR GÄSTE Peter Martens

Bekanntlich gibt es Freunde des Hauses und Hausfreunde. Entsprechend gibt es Gäste des Hauses und Hausgäste. Freunde des Hauses und Gäste des Hauses sind — im allgemeinen jedenfalls — dem Hausherrn oder Gastgeber angenehm, sind ihm willkommen, aufgrund freundschaftlichen Verhältnisses von ihm eingeladen: sie kommen also, wenn sie dürfen.

Was dagegen dem Hausfreund zugestanden wird, ist — und mancher mag's bedauern — dem Hausgast noch längst nicht zugebilligt. Und so verbindet, wenn überhaupt, Gastgeber und Gast ein eher partnerschaftlich zu nennendes Verhältnis.

Doch wie dem auch sei, der Gäste zumindest sind viele. Da gibt es Hotelgäste, Pensionsgäste, Badegäste, Kurgäste, Zaungäste, Festgäste und was der Gäste mehr sind. Gäste, die Zaungäste ausgenommen, sind demnach Menschen, die bereitwillig dafür zahlen, daß ihnen gegenüber Leistungen, Dienstleistungen erbracht, ihnen Vergnügen vielerlei Art bereitet werden.

Wie die Erfahrung lehrt, sind Gäste und Gäste einander leider nicht immer gleichzusetzen. Da gibt es angemeldete und unangemeldete, angenehme und unangenehme Gäste, willkommene und unwillkommene, finanzkräftige und zahlungsschwache. Nicht zu vergessen diejenigen, die von allem ein wenig offenbaren, die am Mittelweg orientierten, die mausgraunen Gäste.

Und Erlebnisse der Gäste zeigen, daß es da freundliche und unfreundliche, tolerante und intolerante, humorvolle und humorlose Gastgeber gibt, bemühte und gleichgültige, oft besuchte und gemiedene. Und außerdem noch diejenigen, die profillos zu keiner Seite hin tendieren.

Wie dem auch immer sei, Gäste aufzunehmen, verpflichtet ungleich mehr, als Gast zu sein. Denn nicht nur der Kunde, sondern auch der Gast ist König. Und Klapp's einmal nicht mit dem Service, so hat er das unbestrittene, unwiderlegliche Recht, im Interesse zukünftiger Gäste sogar die Pflicht, gegebenenfalls sich zu beschweren, Kritik zu äußern bei der maßgeblichen Stelle. Konstruktiv jedoch, das sei der Deutlichkeit halber hinzugefügt, muß sie sein: nichts als konstruktiv.

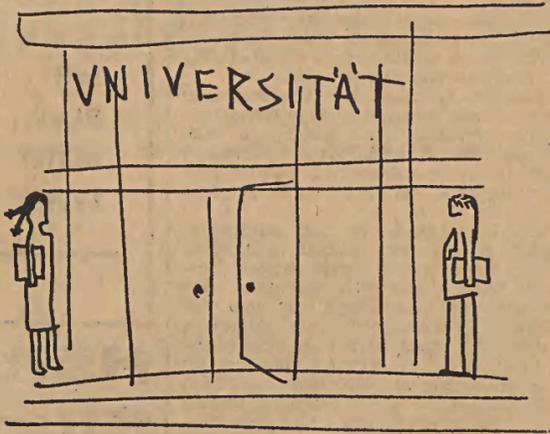
Wer Gäste aufnehmen will, aufnehmen muß, sollte also nicht nur aufs Gastrecht pochen, sondern des Gastes Recht gleichermaßen anerkennen, genauer gesagt, des Gastes Recht über das Gastrecht stellen. Und wer's nicht tut, nicht bereit dazu ist, wer nicht hören will, nun, er wird's ganz sicherlich fühlen. Er kann sich natürlich umstellen, er kann's aber auch lassen und seinen Laden zumachen. Oder?

Wenn's wahr ist, wenn's so gemeint war, was sich im Gast-Sein des Studenten kunstvoll angedeutet, so gibt es, Gast-Freunde, nur eins: wir wollen sein ein ein(z)ig Volk von Gästen, Gästen und nichts als Gästen. Von sogenannten Gästen, natürlich. Was denn sonst?

wywiad
Schreibmaschinen
Billige Sonderangebote • Miete-Mietkauf
Bochum Südring 19 • Ruf 61423

In einem Brief an das Straßenbaumamt der Stadt hat der Sozialreferent der Studentenschaft, Simon, darauf aufmerksam gemacht, daß auf der Universitäts Schnellstraße offenbar nicht an Radfahrer gedacht wurde. Bislang ist ihnen die Benutzung der Straße nicht gestattet.

Reportagen aus der Studentenschaft



● SDS

Die Flammen züngeln unterm Pfauenthron

Die besonderen Lieblinge aller deutschen Hausfrauen, der Schah von Persien und Gemahlin Farah Diba, besuchten die ebenso befreundete wie spendable Bundesrepublik. Doch während sich gewisse Wochenendblätter mit der eminent bedeutungsvollen Frage abquälten, ob des Schahs verflissene Gemahlin, die professionell einsame Prinzessin Soraya, wegen dieser Reise in Tränen zerflösse, plagten den Bochumer SDS ganz andre Probleme.

In einem Flugblatt konfrontierten die linken Studenten ihre Kommilitonen mit einigen Nachrichten über den Iran, die so gar nicht in die idyllischen Vorstellungen der meisten Deutschen vom persischen Traumreich passen wollten. Unterdrückung einer jeden Opposition, Einkerkelung politischer Gegner, ein immenser Militär- und Polizeiparappat, Hunger und Elend der Massen, aber horrender Reichtum einiger weniger, das sind harte Realitäten, an deren scharfen Kanten die Märchen aus Tausendundeiner Nacht wie Seifenblasen zerplatzen müssen.

Als Ursache für alle Mißstände nennt dies Flugblatt nun, wie hätte es anders sein können, die imperialistische Politik der USA. Und dann kommt der unvermeidliche Hinweis auf Vietnam, der sich zu einer Pflichtübung für sozialistische Autoren entwickelt zu haben scheint.

Nun, eine jede politische Gruppe braucht ihre Prügelknaben und für die dem Konformismus so abholden Linken sind es die Yankees: „Der Schah ist wie Marshall Ky eine Marionette der USA.“ und „DER SCHAH: EIN BESTOCHENER DIKTATOR oder KAISER VON AMERIKA GNADEN“.

Aber man kann den abschließend formulierten Forderungen des SDS wohl zustimmen;

„WIR FORDERN: Die sofortige Freilassung aller politisch Inhaftierten, darunter iranische Studenten, Dozenten und Professoren!! Wiederherstellung der Menschenrechte und der politischen Freiheiten im Iran!!“

Doch der SDS ließ es nicht bei diesem Bierernst-papiernen und deshalb wohl auch wirkungslosen Protest bewenden; vielmehr organisierte er vor der Mensa ein happening.

SDS-Chef Stephan Bock erklimmte megaphonbewehrt einen der zierenden Betonklötze und verlas eine Rede, die den ausgewählten Inhalt des Flugblattes bot. In der Zwischenzeit bemühten sich andere Linke, einen symbolischen Pfauenthron in Brand zu stecken. Als Thron diente ein ausgerichteter Küchenstuhl mit kunstvoll gedrechselten Beinen und geflochtener Sitzfläche, der den Kokeleien der Demonstranten bemerkenswerten Widerstand leistete. Alle mit viel gutem Willen, aber zu wenig Benzin, unternommenen Versuche scheiterten zunächst. So loderte ein aus Flugblättern auf dem Sitz errichteter Scheiterhaufen zwar himmelan, aber als ihn der Wind zerstreut hatte, stand der Pfauenthron noch unverehrt.

Die Umstehenden geizten nicht mit gutem Rat. Allein es klappte erst dann besser, als ein ganzer Plastikkanister voll Benzin unter Wolken schwarzen Qualms lichterloh brannte. Der Pfauenthron wurde darüber gestellt, wie das Brathendel über die Holzkohle, und bald schon war die Sitzfläche vom Feuer verzehrt. Flammen züngelten an den Beinen empor, doch auch dieser Brand erlosch sehr bald.

Den Ruhm der Zerstörung mußten die SDS-Männer dann sogar noch mit einigen Schuljungen teilen, die vom Qualm gelockt, herbeilieten und die angekohlten Stuhlbeine abbrachen. Auf drei

halben Beinen, schief und wacklig stehend und ohne Sitzfläche, ähnelte der symbolische Pfauenthron nun einem dörflichen Donnerbalken; und doch hatte er sich wahrscheinlich als widerstandsfähiger erwiesen als der tatsächliche, der doch schon bedenklich wackelt.

Wenngleich das happening nicht gerade originell war (es wurde schon oft und gerne etwas öffentlich verbrannt, Stroh-puppen und Hexen, Kartoffelkraut und Bücher), so war es doch ein Publicity-erfolg für den SDS. Mit noch ein bißchen mehr Einfallsreichtum vorgetragen könnte diese neue unkonventionelle Form des Protestes weit über die Möglichkeiten linkslinkischer Pamphlete hinaus wirken.

Die Krönung des happenings aber blieb den Veranstaltern versagt. Kein einziger rüder Büttel erschien auf der Bildfläche, um einzuschreiten. Bei dem bekannt sanften Vorgehen biederer deutscher Polizisten hätte es wohl auch noch einige Märtyrer gegeben. Doch eine solche Hebung der Publicity mißgönnte die Oberkeit wohl den mit Feuer spielenden Schahgegnern vor der Mensa.

Doch zurück zum Feuer, es war wirklich nur sehr mäßig. Einer der Chef-feuerwerker antwortete, daraufhin angesprochen, es wäre doch nur um den symbolischen Gehalt gegangen. Dennoch sollte man in Zukunft nicht auf den Rat erfahrener Experten für öffentliche Verbrennungen verzichten; unter den alten Kämpfern, aber auch unter christlichen Jugendlichen gibt es einige, die zumindest mit Büchern ihre Erfahrungen gemacht haben. Denn wäre unter den Zuschauern ein Endvierziger gewesen, er hätte wahrscheinlich gesagt: „Beim Adolf hat das aber besser geklappt!“ Und dabei brennen doch Bücher noch viel schlechter.

Bernd G. Westermann

Zipfel, Mütze

Zwar rief er nicht offen zur Revolution, aber er hoffte auf die Wirkung seines Vortrages: Bundesbruder Rainer Hahn, von vielen Ruhr-Studenten eher für den entfernten Verwandten eines bekannten nordvietnamesischen Staatsmannes gehalten, wollte seiner Neuen Bochumer Burschenschaft einmal die Leiven lesen.

In einem Referat hatte er sorgfältig die Anfänge des Burschenschaftswesens durchleuchtet und erkannte: was damals (1. und 2. Wartburgfest) gefordert wurde, war „so vernünftig, daß es heute noch nicht verwirklicht ist“ und „für damalige Begriffe linksorientiert“. Indem er die demokratische und reformerische Tradition der Burschenschaft beschwor und ihre innere Verlotterung zu einer Rauf- und Saufstudentenschaft („Deutschtümelei, Kastengeist, Antisemitismus und Militarismus“) in die wilhelminische Epoche verwies, wollte er den fortschrittlichen Geist in seinem Kreise (der sich gerade erst der Deutschen Burschenschaft angeschlossen hatte) wecken.

Füchse, Alte Herren, Lebensbundprinzip, Farben, Zirkel, Zipfel und Waffen seien die Insignien, die einer „evolutionären Reform“ zu weichen hätten. Doch hatte Hahn nicht mit dem Trägheitsmoment des von ihm verdammten „Kantönligestens“ gerechnet. Ein Gast meinte, der Vortrag sei wohl historisch nicht ganz richtig und erinnerte bei Fragen zur Mensur an den inneren Schweinehund, und der Sprecher der NBB erklärte arglos, Hahn habe „lediglich Fragen in den Raum gestellt“.

Bundesbruder Stadler jedoch weiß schon, wie man den Dingen beikommt. Zunächst einmal hat er sich auf die Suche nach einem Designer gemacht, der ihnen eine neue Mütze kreiert: Pierre Cardin gab sich schon die Ehre, zu schreiben...

● CORPS MARCHIA

Die Rede wurde ein Ereignis

Ein „bemerkenswertes politisches Gespür“ attestierte die Lokalpresse dem Corps Marchia nach seinem Vortragsabend mit dem englischen Botschafter, Sir Frank Roberts, am 31. Mai 1967. „Wenn es etwas Interessantes an der Ruhr-Universität zu sagen gibt, komme ich“, hatte dieser geschrieben.

Nun, der Botschafter machte seinen Auftritt selbst dadurch interessant, daß er mit zielsicherem Gespür aus seiner Rede ein politisches Ereignis machte. Der Wortlaut der Rede („Die angeblichen und tatsächlichen Probleme des Beitritts Englands in die EWG“) war einen Tag vorher den Presseagenturen zugegangen und die bedeutsamsten Zitate daraus waren in alle Welt verbreitet, bevor Sir Roberts den Ruhr-Studenten überhaupt ein Wort gesagt hatte. Offenbar war nach der Pressekonferenz de Gaulles mit dem erneuten Korb für England, das in die EWG drängt, und einer genüblichen Indiskretion des SPIEGEL über Roberts' Einschätzung der Lage ein offenes Wort fällig. „Es mußte sein“, erklärte der Botschafter hinterher der BSZ lächelnd.

England stelle für seinen Eintritt in die EWG keine Vorbedingungen und sei bereit, die römischen Verträge ohne Änderungen anzunehmen, allerdings müsse ihm Zeit gelassen werden, die Wirtschaftsstruktur anzupassen. Im Kern gehe es in den Verhandlungen um die

- Landwirtschaftspolitik
- Verbindung mit dem Commonwealth
- Finanzpolitik und den Kapitalverkehr
- Regionalpolitik.

Das sei weniger als die Sechse 1957 in Rom unter sich hätten aushandeln müssen und auch weniger als 1962, als erstmals über Englands Antrag in Brüssel verhandelt worden sei.

Der Botschafter gab detailliert Auskunft über volkswirtschaftliche Prospekte des Beitritts (bis hin zum „Wert des Grasses“). In allen Bereichen müsse England Opfer bringen und Risiken laufen. Vor allem würde es das „Ende der traditionellen Politik der billigen Lebensmittel“ bedeuten: die Preise würden um 10 bis 14 Prozent ansteigen und die Lebenshaltungskosten um 2,5 bis 3,5 Prozent anziehen.

Mit allem begründete Roberts sehr deutlich und betonte es mehrmals, daß der Antrag Englands an die EWG ein rein politisches Motiv war und ist, in der „Erkenntnis der Notwendigkeit einer europäischen Politik“ und nicht „aus wirtschaftlichem Eigennutz“.

Mit dem Seitenblick auf die Ansichten des französischen Staatspräsidenten wies der Botschafter darauf hin, daß England, was das Funktionieren einer Gemeinschaft betrifft, „von anderen wohl nicht zu lernen“ brauche. Sir Roberts, dem das dankbare Auditorium mit starkem Beifall seine Zustimmung nicht versagte, stellte sich noch den Fragen und nachher geladenen Gästen während einer Stehparty unermüdlich diskutierend.

Bei dieser Gelegenheit erfuhr die BSZ, daß es zwischen englischen und deutschen Universitäten noch keine Partnerschaften gibt. Vielleicht ein Hinweis an die kontaktfreudige Universität und ihre Studentenschaft...

Es ist erwiesen: Man liebt sich

Der Sex-Skandal, den die Studenten (vielleicht) erwartet hatten, kam nicht zustande. Das lag weniger an dem Chef-Assistenten Dr. Schmitt, den Prof. Giese (Hamburg) als Ersatz auf die Einladung der Fachschaftsozialwissenschaft geschickt hatte, als vielmehr an den Zahlen, die Dr. Schmitt im überfüllten Hörsaal BII in seinem Vortrag: „Sexualverhalten der westdeutschen Studenten“, nannte.

6000 Studenten von 12 deutschen Universitäten (Bochum war nicht dabei) wurden Fragebogen mit 280 Fragen aus der Intimsphäre zugeschickt. 3600 (2800 männl. und 800 weibl.) Studenten machten mit. Der Giese-Kinsey-Report über die Studenten konnte beginnen. Das Ergebnis war mehr oder weniger überraschend.

Zwar zeigte sich, daß die Studenten freizügiger, ehrlicher und offener sind in sexuellen Fragen, als die sogenannte öffentliche Moral, natürlich in den hauptdemographischen Merkmalen wie religiöse und politische Haltung oftmals differenziert und unterschiedlich.

Doch in ihrem eigenen praktischen Sexualverhalten erreichen die Studenten ihre selbst gesteckten Normen nicht. Sie handeln also weniger als sie sich selbst zugestehen.

Weiter stellt der Report fest: Homosexualität, Perversität und häufiger Partnerwechsel sind fast kaum oder nur in Ansätzen vorhanden, dagegen ist Petting, was man bisher nicht glaubte, erstaunlich weit verbreitet. Ebenfalls ist sexuelle Abstinenz kaum zu finden. Liebesbeziehungen sind für 90% der Befragten die Voraussetzungen für eine intime Geschlechtsbeziehung.

Deutliche Unterschiede in den Auffassungen zwischen den beiden Geschlechtern traten bei fast keiner entscheidenden Frage auf.

Nach dem Report stehen damit die Studenten Westdeutschlands in einer Reihe mit ihren Kommilitonen in Schweden, Dänemark und in der DDR und heben sich deutlich von den Studenten in den USA ab.

Dabei ist jedoch immer zu betrachten, daß es noch keine genaue Vergleichsmöglichkeit mit den amerikanischen Studenten gibt, ebensowenig wie mit der Gesamtbevölkerung in der Bundesrepublik, von der die Studenten nur 5 bis 6% ausmachen.

Prof. Gieses Bericht zerstörte mit seinen Ergebnissen das alt verbreitete Gerücht von dem „Studenten-Lotter-Leben“.

Die „bösen“ Nachbarn können sich also ein anderes Thema suchen, als die Eskapaden des verlüderten Studenten von nebenan.

M. R.

Der Vorstand der Studentenschaft beabsichtigt, eine Broschüre über Themen aus dem Gebiet der Sexualität herauszugeben und sie preisgünstig an die Studierenden der Ruhr-Universität abzugeben. Es handelt sich um Materialien über „Empfängnisverhütung“, „Abtreibung“, „Organische und psychische Störungen des Geschlechtsverkehrs“, „Vorehelicher Geschlechtsverkehr — Für und Wider“ sowie über „Homosexualität“.

● KIRCHEN

Wie fröhlich wir doch sind

Die Veranstaltung der „Navigators“, einer Gesellschaft aus Colorado-Springs, USA, „im Sinne der evangelischen Allianz“ am 23. 5. in der Mensa, versuchten unsere Mitarbeiter einzuordnen. Sie fanden 15 Thesen zum „Hootenanny“.

Hootenanny ist bunt: Das zeigte schon lange vorher die Riesenplakate und -hinweise in allen Uni-gebäuden sowie an den Mensafenstern.

Hootenanny ist organisiert: Das zeigte die Tatsache, daß sich ein Professor (Ewald) der Mathematik um die Organisation gekümmert hatte.

Hootenanny ist christlich: Das zeigte das Gleichnis vom Weinberg und den darin wohnenden Weinbergschnecken, dargeboten von Studentenfarrer Tillmann (der sich später aber distanzierte).

Hootenanny ist urgemütlich: Das zeigte der Bierverbrauch, der aber mehr oder weniger zu einer Enttäuschung für die Mensaverwaltung wurde.

Hootenanny ist germanisch: Das zeigte der mit einem Hagen-Gesicht hereinstürmende Wikinger, der sich dann aber zum Erstaunen aller als verkappter Mexikaner entpuppte und von Sombreros erzählte.

Hootenanny ist international: Das zeigte die zusammengewürfelte Hootenanny-Mannschaft aus Kanadiern, Amerikanern, Schweden, Dänen, Holländern, Engländern, sprich Schotten, und Deutschen.

Hootenanny ist lustig: Das zeigte die zwei Witzbolde, deren Lachmuskeln schon so abgenutzt schienen, daß sie diese durch künstliche Papp-lach-Wangen ersetzen mußten.

● KUNST

Zlatco Prica im Haus Michael

Mit seinem Malerfreund Edo Murtic gehörte er den berühmten „Zavnoh“ an, einer Partisanengruppe zur Befreiung Kroatiens. Hier engagierte Malerei — sozialistischer Realismus nach dem Krieg; erst Reisen nach Paris und London, Indien und Italien führten seinen Stil aus solch motivgetreuer Befangenheit und machten ihn einer bewußteren Deutung dienstbar.

Drei Dutzend Produkte der Jahre 1959 bis 1967 werden zur Zeit im Haus Michael ausgestellt: Öle, Gouachen und Lithos von Zlatco Prica (51) aus Zagreb (Jugoslawien).

Die Ausstellung ist täglich von 14 bis 20 Uhr bis zum 30. Juni geöffnet; mittwochs ist ab 16 Uhr Führung mit Peter Kress.

Im übrigen war alles so recht nach dem Motto: „Schaut einmal, wie fröhlich wir Christen sind“. Die Darbietungen gemahnten peinlich an „Sing-Out 66“. Die verstoktesten Heiden machten sich schon früh auf den Heimweg. Eine Studentin meinte: „Ich höre mir lieber eine duftige Jazzplatte an“ und ging. -o/-we-



... gleich neben der Mensa

**IHRE
BUCHHANDLUNG
BROCKMEYER**

463 BOCHUM-QUERENBURG
Lennershofstraße 70 - Telefon 51 13 60

Nachrichten aus der Universität

Die Verkehrsverbindung zwischen der Universität und der Innenstadt soll nach den Vorstellungen der BoGeStra durch Straßenbahnen erfolgen, obwohl noch keine Entscheidung zwischen Bus oder Straßenbahn getroffen worden ist. Doch sind neue Wagen für die Linie schon bestellt und die Schienen sollen schon gekauft worden sein. Die Gesamtbauzeit würde etwa einhalb Jahre dauern. Solange wird die Verbindung durch den Busverkehr aufrechterhalten; die Busse sollen in naher Zukunft im Fünf-Minuten-Abstand fahren. Von einer Reduzierung der Fahrpreise ist allerdings immer noch nichts bekannt.

Professor Dr. Oskar Anweiler, Lehrstuhl für Pädagogik, unternahm auf Einladung der Polnischen Akademie der Wissenschaften zwischen dem 18. und 27. Mai 1967 eine Studienreise nach Polen und hielt in der Akademie sowie an der Universität Warschau zwei Gastvorträge über „Entwicklungstendenzen europäischer Schulreformen“ und „Konzeptionen der Vergleichenden Pädagogik“.

Professor Dr. Marcus Lutter, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Deutsches und Ausländisches Handels- und Wirtschaftsrecht, hat auf Einladung der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Europarecht am 5. Mai 1967 in Bad Ems einen Vortrag über „Die Rechtsangleichung im Gesellschaftsrecht nach dem EWG-Vertrag“ gehalten und am 6. Mai 1967 die Diskussion zur Frage der Einrichtung einer europäischen AG geleitet.

Dr. habil. Martin Schwind wurde auf Vorschlag des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen zum Honorarprofessor der Abteilung für Geowissenschaften und Astronomie ernannt.

Dr. Anton Heigl, Privatdozent an der Universität München, erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl für Wirtschaftslehre, insbesondere Unternehmensprüfung und Steuerlehre.



BSZ-Leser antworten

Benimm dich richtig!

Der AstA-Vorsitzende Roland Ermrich hielt vor auf Feierlichkeit gestimmten Professoren (und, wie man durch des Rektors Empfangsherrn Dr. Klaus Kübler erfahren durfte, als deren Gast!) eine für meine Einschätzung seiner Geistigkeit erstaunlich durchdachte Rede, in der u. a. die Vokabel „Unverschämtheit“ Verwendung fand.

Diese Vokabel stand in einem deutlich markierten Sinnzusammenhang, welchen wiederzukäuen hier überflüssig ist, da es u. a. bereits in der vorigen Nummer der BSZ geschehen ist.

Die Reaktion der Lokalpresse ist für den, der die Personen, welche sich in ihr verbreiteten, kennt, kaum verwunderlich. Manfred Bourrée ist eben bereits gegenüber seiner test-Zeit ein satter Spießbürger geworden (sonst wäre er wohl kaum Redakteur der RN). Für Leute seines Schlages ist der Gebrauch bestimmter Vokabeln bereits ein unverzeihliches Delikt: sie erliegen (unreflektiert, wie ihre Angepaßtheit ist) einem Wortfetischismus, wie er hierzulande hoch im Kurs steht (er wird ja, wie dümmlich er auch ist, ernstgenommen!). Gewisse Wörter scheint man also nur für Kommunisten reserviert zu haben.

Ermrich selbst wählte indes, nach vollbrachter Tat sich vor jenen Professoren und mützenrandhorizontierten (um ein Wort zu benutzen, welches im Bochumer Zweitsemester Aufsehen erregte) Studenten, die aus Protest ob der Unverschämtheit, das Wort „Unverschämtheit“ zu benutzen, das Feld räumten, noch rechtfertigen zu müssen.

Er räumte ihnen damit eine Richterrolle ein, die nach deren Verhalten zumindest nicht selbstverständlich ist und somit sein Bemühen bemerkbar macht, sich auch ihnen noch anzupassen (ein Bemühen, das man ihm verzeihen könnte, wenn es ein rein taktisches Mittel für einen guten Zweck sein sollte).

Implizit gab er mit solchem Bemühen jedoch zu verstehen, jene, die den Saal verließen, hätten seiner Rede Sinn wohl nicht verstanden: er habe ja gar nicht sie, sondern nur eine antidemokratische Meinung angreifen wollen (womit er, formal betrachtet, durchaus recht hat, es sei denn, jene fühlten sich schon durch die Brille, mit der der AstA-Vorsitzende die universitätspolitische Nachkriegshistorie besah, betroffen: dann freilich paßte ihnen der Schuh, den sie sich, indem sie drin gingen, angezogen hatten). Ihr Verhalten sei also rein emotional gewesen.

Selbst wenn das der Fall wäre (was ich bezweifle), wäre dennoch ihre Haltung eben auch aus solch emotionalem Verhalten deutlich entnehmbar: sie sähen im Studenten, auch wenn sie ihn — den institutionellen Sachverhalt liebevoll verschleiend — „Partner“ nennen, nicht als solchen, d. h. als gleichberechtigten und gleichverantwortlichen Mitsprecher in Hochschulangelegenheiten an.

Im Grunde genommen ist es also völlig gleichgültig, ob ihr Verlassen des Raums emotional bedingt oder bewußter Akt war: in beiden Fällen haben sie zum Ausdruck gebracht, daß sie die Äußerung einer Meinung, wie sie Herr Ermrich — insgesamt gesehen noch viel zu zahm (er ging ja nicht einmal auf den Fall Wenke ein, bei dessen Behandlung die Studentenvertreter vom Senat doch glatt überfahren wurden, was als

Symptom, das es nur ist, bedeutsam genug erscheint) — als AstA-Chef vorzutragen, nicht schätzen (die Vokabel war nur willkommenes Stichwort).

Diese Herren haben ihre hochschul- und damit auch gesamtpolitische Grundhaltung verraten, ganz gleich, ob man ihnen Mißverstehen oder Verstehen des Gesagten zutraut. Als Richter sind sie demnach, da Partei, nicht empfehlenswert.

Herr Biedenkopf, der nicht mithinausging, verhielt sich taktisch klüger: er blieb diesesmal undurchsichtiger. Einmal mehr zeigte sich jedenfalls, daß seitens jener „Protestanten“ und der ihnen hörigen Presse das Andeuten politischer Gegensätze im Hochschulraum nur als in „Benimm dich richtig“ zu verortendes Problem begriffen wurde.

Nur für den Fall, daß Sie in Nr. 6 einen geheimen Test auf genaues Lesen Ihrer Leser eingebaut haben: Ich habe die Stelle gefunden! Auf Seite 4 im Studienreform-Bericht wird von Zwangsimmatrikulation (Pkt. 6) gesprochen. Davon hörte ich bisher noch nie, allerdings auch nicht davon, daß sich Widerstand gegen Zwangsexmatrikel gerade auf die Fülle der Hochschulen stützt, als wäre diese zu verteidigen. Wo liegt hier der Hase begraben?

Übrigens, wer redigiert in der Studentenschaft Manifeste (S. 3)? Entweder ist er in Pkt. 4a schwach in deutscher Grammatik oder mein Verstand reicht nicht in Manifest-Höhen, wo Entwicklung kritischen Bewußtseins gefördert werden soll „als dem verantwortlichen Denken“. Soll beides gefördert werden, sind beide identisch?

Ich bitte, Punkt 5 auch auf Sorgfalt in Wort und Satzwahl anzuwenden, damit weniger Phrasen schaumgeschlagen werden, die eine alliance zweier Neu-Universitäten nicht nötig haben sollte.

Im übrigen aber der BSZ allerbeste Wünsche für ein langes Leben, bzw. die personellen Voraussetzungen dazu: die Bochumer Studenten, „Pendler“ von zu Hause besonders, können kaum etwas besser brauchen als ein ständig aktuelles Forum, das auch stellvertretend etwas Wache hält. Die BSZ wird desto besser und wirksamer, je mehr ständige Leser sie hat und je mehr informativische und Meinungsbeiträge sie von diesen Lesern gewinnen kann.

L. Scheib (Dipl.-Kfm.)

(Tatsächlich ist Pkt. 6 des eingangs erwähnten Artikels falsch gewesen. Es muß heißen: „Auf erheblichen Widerstand stößt jede Art einer Zwangsexmatrikulation oder befristeten Immatrikulation, die vor allem mit der Überfüllung der Hochschulen begründet wird.“

Was die Identität von „kritischem Bewußtsein“ und „verantwortlichem Denken“ betrifft: vielleicht gibt der französische Text des Manifestes besser wieder, was gemeint war: „Le développement de la conscience critique comme le sens des responsabilités doivent être favorisés par le contenu et les méthodes de la recherche comme de l'enseignement“ (D. Red.)

... angesichts der Behandlung des Themas in der neuesten Ausgabe Ihrer AstA-Hauspostille allerdings... können Sie es mir nicht verübeln, wenn ich... das Bedürfnis habe, die Beschäftigung mit Ihnen und Ihren Gesinnungsgenossen auf ein Mindestmaß zu reduzieren...“ Karl Hernekamp (stud. jur.)

Bundespost schafft Erleichterung

BOCHUM. (BSZ) — Die Querenburger Post hat jetzt auch in der Mittagszeit geöffnet! Die Bushaltestellen wurden näher an die Universität gelegt, und die Post wird zwei neue Telefonzellen an der Mensa installieren.

Damit haben die Stadt und die öffentlichen Behörden einen Teil der Forderungen erfüllt, die schon die Senatskommission für Studentenschaftsfragen erhoben hat.

Wie die BSZ erfuhrt, hat sich auch der Senior von Haus Michael, Dr. Strocka, für die täglichen Erleichterungen in Querenburg eingesetzt, in dem er eine Mängelliste aufgestellt und der Universität und der Stadt zugestellt hat.

Überprüfung notwendig

HANNOVER (dpa) — Eine Überprüfung der „mangelhaften Entwürfe der Hochschulverfassungen“ haben die Studentenschaften des Landes Niedersachsen gefordert. In einer Stellungnahme betonten sie die Notwendigkeit, das Verhältnis von Staat und Hochschule möglichst bald in einem Hochschulgesetz neu zu ordnen.

Meldungen zum Sportfest

Jeder immatrikulierte Student hat die Chance, Universitätsmeister zu werden! Das Sportfest findet am 1. Juli statt. Wir möchten darum bitten, die Anschläge zu beachten und die Meldungen (bis zum 15. Juni im Institut für Leibeserziehung) nicht zu vergessen!



IHR BLUT RETTET LEBEN!



Blutspende-Aktion

Das Deutsche Rote Kreuz ruft auch die Studentenschaft zu einer freiwilligen Blutspende auf. Spendenwillige werden gebeten, die in der Mensa ausliegenden Zettel mit ihrer Einverständniserklärung auszufüllen, damit man sich auf die Beteiligung einstellen kann. Der Termin wird danach gesondert bekanntgegeben. Im übrigen wird nach der Blutentnahme „ein kräftiger Imbiß mit belegten Brötchen, Kaffee oder Tee und einem Gläschen Weinbrand“ zugesichert. Der Vorstand der Studentenschaft unterstützt die Aktion.

Hätten gern mehr Studenten-Besuch

Bochum hat eine neue Kunstgalerie. Ein junger Gebrauchsgraphiker stellt in seinem Wohnzimmer Op und Pop zur Schau. Verwandte und Besucher schüteln den Kopf: „Schade um die schöne Wohnung!“, heißt es, „Ist das denn überhaupt Kunst?“

Ulrich Kückels, 28, seine Frau Uta, 25, und der 5jährige Thorsten kümmern sich nicht um solche Kritik. Sie freuen sich, als sie ihre anderthalb-Zimmer-Wohnung um einige Räume erweitern konnten. Sie tapezierten die Wände weiß und nach 14 Tagen war realisiert, was sie sich seit Jahren erträumt hatten: die „Galerie U. Kückels“, Bochum, Lüderitzstraße 4.

Bei der Galerie-Eröffnung drängten sich unerwartet viele Besucher in den kleinen Räumen. Vor lauter Besuchern sah man die Bilder nicht. Dafür gab es Cola und Wein zu trinken.

Kenner und Liebhaber wiederholen ihren Besuch werktags zwischen 14 und 18 Uhr (außer Montag), um sich mit den aufgeschlossenen Kunstfreunden zu unterhalten, die an ihrem Hobby nicht viel Geld verdienen, aber auch nicht viel verlieren wollen, und um sich die Bilder noch einmal in Ruhe anzusehen. Die erste Ausstellung zeigte Pop-Gemälde des Amerikaners Bob Stanley. Stanley, der sich in den Staaten schon einen guten Namen gemacht hat und für entsprechende Summen gehandelt wird, ist in der alten Welt noch ein Unbekannter.

Seine Sujets, die dem amerikanischen Show-Geschäft entlehnt sind und wie kontrastreich vergrößerte Fotos Schlagstars am Mikrophon, Footballspieler am Ball und Filmstars in Pose zeigen, entsprechen vielleicht nicht ganz den abendländischen Kunstidealen. Ein Motiv der Beatles fand allerdings gleich am ersten Abend seinen Käufer.

Noch kompromißloser als die erste ist die zweite Ausstellung mit großflächigen Emailbildern des Holländers Hans Kroetzler, geöffnet bis zum 9. Juni. Auf über 1 x 1 Meter großen Blechen sind sehr dekorativ in einer zum Untergrund kontrastierenden oder komplementären Farbe bumerangähnliche Formen angeordnet.

Eine geplante Ausstellung mit Wandteppichen bekannter Pop-Artisten mußte in letzter Minute abgesagt werden. Die aus Amerika herbeigeschafften Wandbehänge erwiesen sich als zu groß für Kückels Wohnzimmerwände. Sie mußten an die Volkshochschule in Köln weitergereicht werden, die sie jetzt in ihrem Treppenhaus effektiv gehängt hat.

Als nächste planen die unternehmungslustigen Kückels eine Ausstellung kinetischer Objekte, auf die man gespannt sein kann.

Gefragt, ob sich denn hier im Ruhrgebiet ein Publikum findet, das so avantgardistisch ist wie sie, antworteten sie, sie hätten auf mehr Besuch von der nahen Universität gerechnet. Bisher seien nur wenige Studenten dagewesen... —pff

WELLAUER'S
PIPE TOBACCO
ENGLISH BLEND 3.50 DM
Gratisprobchen
PLANTA · TABAK · BERLIN 61

Zwei Wege der Ausbildung?

MAINZ (dpa) — Der Rektor der Mainzer Johannes-Gutenberg-Universität, Prof. Hans Rohrbach, hat die Frage aufgeworfen, ob die Universität künftig zwei Ausbildungswege anbieten soll. Er erklärte, angesichts der wachsenden Studentenzahlen sollte geprüft werden, ob die eigentlich wissenschaftlich Arbeitenden von den übrigen getrennt werden könnten, wobei ein Übergang von der einen zur anderen Gruppe möglich bleiben sollte.

HINWEIS

In der SPIEGEL-Serie „Rechts ab zum Vaterland“ schrieb Peter Brüggel (21/1967):

„(Der Macht - Theoretiker und sauerländische Machiavell Carl) Schmitt war Doktorvater des Notstandsexperten und Ministerialdirigenten Josef Köble aus dem Bundesinnenministerium, der als NS-Schulungsleiter einst die These formulierte: „Jedes Recht ist nur das Mittel zu dem Zweck, einer Nation die heldische Kraft zum Wettstreit auf dieser Erde zu sichern.“

Dr. jur. Josef Köble ist Lehrbeauftragter (Politische Institutionen der Bundesrepublik) in der Sozialwissenschaftlichen Abteilung der Ruhr-Universität.

wywiaw
Schreibmaschinen
Billige Sonderangebote · Miete-Mietkauf
Bochum Südring 19 · Ruf 61423

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgegeben vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität. Vorsitzender: Roland Ermrich.

Redaktion: Ulrich Dröge (Stellvert. Vors. für Öffentlichkeitsarbeit)

Zeichnungen: Pieter Keding
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstr. Nr. 66 (Ruhr-Universität). Tel. 51 18 55. Bankverbindung: Westfalenbank AG, Kto.-Nr. 906 859

Druck: Druckhaus Schürmann & Klagges, Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16, Ruf 6 47 46 - 48, Telex 0 825 514.

Wer **ADLER** schreibt bei **ADLER** bleibt!
Miete - Mietverkauf
LOEWE
Adolf Loewe
Bochum
Kortumstraße 95
Ruf 62341

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
Hans Schalla
SCHAUSPIELHAUS
ORPHEUS IN DER UNTERWELT (G)
FAUST (I. Teil)
TOLLES GELD
NABUCCO (G)
KAMMERSPIELE
DER LUGNER UND DIE NONNE
DIE HEIMKEHR
Spielplan für die Zeit vom 7. bis 20. Juni 1967
7. (Mi.), 8. (Do.), 11. (So.), 9. (Fr.), 12. (Mo.), 13. (Di.), 16. (Fr.), 17. (Sa.), 18. (So.) am 18. zum letzten Male
10. (Sa.), 15. (Do.), 19. (Mo.), 20. (Di.), 14. (Mi.)
7. (Mi.), 13. (Di.), 8. (Do.)
Beginn der Vorstellung: 20 Uhr, sofern nicht anders angegeben.
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier, Gelsenkirchen.
x 21. 5. zum ersten Male
Karten für Studierende 50 % ermäßigt (außer bei Premieren). Jeweils 1 Stunde vor Beginn der Vorstellung an der Abendkasse erhältlich.

Lachen Sie nicht
... auch Sie könnten mal krank werden
Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Oldtimer“ sogar recht. Jeder Mensch kann es einschlagen. Eine Krankheit kann die DVK die hohen Kosten übernimmt.
Und außerdem noch ein Krankenhaus-Taggeld zahlt!
Kranksein ist teuer — wir helfen!
DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.-G.
Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenstaufenring 82, Telefon 2 04 01
Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.-G. Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 66, Telefon 6 05 48-46 oder Studentenwerk Bochum e. V., dienstags 12.00 bis 14.00 Uhr

KUNST & BÜCHER-SCHEUNE
... gleich hinter der Mensa

WESTFALENBANK
IHRE BANK IN QUERENBURG!
Zweigstelle Ruhr-Universität
Lennershofstr. 70 Tel.: 511315
Zweigstelle Bo.-Querenburg
Overbergstr. 7 Tel.: 511012
WESTFALENBANK
Aktiengesellschaft
Bochum Hustr. 21-25